WP-01-K1-797-2

In die Zukunft wachsen – ökologisch und ökonomisch

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Daniel Lübbert (KV Berlin-Kreisfrei)

Änderungsantrag zu WP-01-K1

Von Zeile 796 bis 804:
mehr zu befeuern. Wir stehen für eine endgültige Absage an die Gasförderung in ganz Deutschland – an Land wie auf dem Meer. Eine Rückkehr zur Hochrisikotechnologie Atomkraft ist weder für das Erreichen der Klimaziele noch für die Versorgungssicherheit notwendig – zudem scheiden neue Atomkraftwerke wegen der extrem langen Planungs- und Bauzeiten, der hohen ~~finanziellen Risiken~~Kosten, des Proliferationsrisikos und der ~~Ewigkeitskosten als realistische Option ohnehin~~ungelösten Entsorgungsfrage aus. Atomkraft bleibt teuer und gefährlich. Der lange geplante und parteiübergreifend beschlossene Atomausstieg hat unser Land sicherer gemacht. ~~Die Suche eines verlässlichen Endlagers bleibt eine Herausforderung,~~Er muss durch die Schließung der ~~sich das ganze Land stellen muss~~Atomfabriken in Gronau und Lingen und des Forschungsreaktors in Garching vollendet werden.

Die Standortsuche für ein Endlager mit bestmöglicher Sicherheit in einem partizipativen Verfahren bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Auf dem langen Weg dorthin müssen die Zwischenlager nach neuesten Standards sicher betrieben werden.

Begründung

Dieser Änderungsantrag wurde am 3.1.2025 vom AK-Atom der BAG Energie so beschlossen. Zur Begründung:

Die hohen Kosten der Atomenergie, gerade im Vergleich zu den Erneuerbaren, stellen kein Risiko (im Sinne einer Unsicherheit) dar, sondern sie sind sicher zu erwarten - siehe die jüngsten AKW-Neubauten in Frankreich und Finnland. die

"Ewigkeitskosten" ist ein Begriff aus dem Kohle-Bergbau, der im Atom-Sektor nicht gebräuchlich ist. Daher hier stattdessen der Hinweis auf die Atommüll-Entsorgung.

Gesucht wird ein Standort für ein Endlager. Das Endlager selbst muss nicht nur "verlässlich", sondern bestmöglich sicher sein. Dass der Suchprozess die Bevölkerung mitnehmen und dafür partizipativ gestaltet sein muss, ist ein Kernprinzip des Standortauswahlgesetzes, das auch eine Grüne Errungenschaft darstellt.

Weil die Endlagersuche noch lange dauern wird, ist es wichtig, auch die aktuellen Zwischenlager im Blick zu behalten und möglichst sicher zu machen.

weitere Antragsteller*innen

Arno Schelle (KV Northeim/Einbeck); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Peter Kallusek (KV Südliche Weinstraße); Dieter Kaufmann (KV Frankfurt); Christian Masser (KV Südliche Weinstraße); Asta von Oppen (KV Lüchow-Dannenberg); Claudia Laux (KV Coburg-Land); Jörg Hacker (KV Wunsiedel); Nanne Wienands (KV Hof); Johannes F. Kühne (KV Hof); Carina Hennecke (KV Rendsburg-Eckernförde); Stephan Wisotzki (KV Lübeck); Ralf Striecker (KV Flensburg); Jutta Paulus (KV Neustadt-Weinstraße); Kurt Reuter (KV Stormarn); Stephan Wiese (KV Lübeck); Werner Rellensmann (KV Nordfriesland); Ulrike Dunkhase-Heinl (KV Flensburg); Tim Johann Petersen (KV Dithmarschen); sowie 41 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.